

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 3, März 2012)

Wenn ich genau wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.

Martin Luther

Quo vadis Kirche ?

Die Kirche und viele ihrer Protagonisten haben in jüngster Vergangenheit (1933-45) schon einmal versäumt klar und deutlich Position zu beziehen, (und wenn es eine gab, dafür aktiv einzustehen), was verheerende Folgen hatte. Auch wenn die aktuellen Entwicklungen nicht so katastrophal enden werden, zeichnen sich Perspektiven ab, die für viele Menschen erhebliches Leid mit sich bringen werden. Die Globalisierung des Kapitalmarktes hat in der Wirtschaft und in der Finanzwelt eine desaströse Entwicklung genommen. Die Perspektiven in einigen Ländern Europas (und nicht nur da), vor allem in Spanien, Irland, Italien und Griechenland, machen deutlich, wie schnell der Abstieg vom Wohlstand zur Armut gehen kann. Leid wie Altersarmut, Kinderarmut, die Notwendigkeit von Suppenküchen, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit sind nicht nur da signifikant sichtbar. Was passiert mit den vielen Menschen bei dieser Entwicklung? Sie wird auch bei uns nicht aufzuhalten sein, wenn nicht gegengesteuert wird. Natürlich verfassen kirchliche Organe und ihre Vertreter entsprechende Verlautbarungen, die diese Entwicklung kritisieren. Jedoch reicht das? Ich glaube nicht! Um existieren zu können, braucht der Mensch mindestens ein gerechtes Einkommen, von dem er leben kann und ein Dach über dem Kopf. Dies ist für viele Menschen bei uns in Deutschland nicht mehr selbstverständlich! Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist mittlerweile geprägt von Unternehmen, die „Human Resource Outsourcing“ betreiben. Das heißt, es werden Arbeitsplätze an externe Dienstleister vergeben oder eigene Firmen gegründet, alle mit dem Ziel, das unternehmerische Risiko den Arbeitnehmern anzulasten. Das Normalarbeitsverhältnis mit mehr als 30 Wochenstunden und fest angestellt bei einem Arbeitgeber, das bis in die achtziger Jahre gültig war, ist auf dem Rückzug“, sagt der Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Nach unveröffentlichten Daten des IAB sank die Zahl der unbefristeten Vollzeitjobs von 1999 bis 2009 um 18,5 Prozent. Nur noch etwas über die Hälfte aller Arbeitnehmer ist so beschäftigt. Zugleich stieg die Zahl der atypischen Erwerbsformen wie Leiharbeit um fast 79 Prozent an!! (Spiegel 6.2.12). Nun kann man sich fragen, was die Kirche mit ihren Organen und Einrichtungen damit zu tun hat. Antwort: die Kirchen sind mit ca.

1,3 Millionen der größte Arbeitgeber nach dem Staat. Wenn man die Kirche mit ihren Geboten, Verkündigungen, Predigten und Leitsätzen ihrer Einrichtungen und Protagonisten ernst nimmt, erwächst m.E. daraus eine besondere Verantwortung. Es sollte also nicht sein, dass die Kirchen ihre Arbeitnehmer, die sie häufig auch als Dienstgemeinschaft benennt, in prekäre Arbeitsverhältnisse zwingt, die nicht auskömmlichen Lohn bedeuten und die nach Rentenbeginn staatliche Unterstützung erfordert bzw. in Altersarmut führen kann. Die fast immer benutzten Argumente, dass der Staat nicht auskömmliche Entgelte zahlt und private Träger die Preise drücken und damit die Kirchen nötigen sich unsozial zu verhalten, sind mehr als billige Ausreden. Man muss sich auch fragen, was das Sonderrecht des „dritten Weges“ für einen Sinn gibt, wenn die Kirche als Arbeitgeber ein bestimmtes Leitbild, nämlich ein christliches, vorgibt, aber sich zunehmend davon entfernt. Da sagt doch der EKD-Ratsvorsitzende N. Schneider: „die christlichen Kirchen müssen für die Belange Armer politisch und laut werden“. Es wäre schön, wenn diesen Worten Taten folgen würden! Das kirchliche Engagement für gesellschaftliche Veränderungen könnte überzeugen, wenn es innerkirchlich entsprechend stattfinden würde. So heißt es z.B. in einem Schreiben eines Diakonischen Werkes: „die ethischen Maßstäbe, die in der Öffentlichkeit und auch in der Mitarbeiterschaft an uns als Diakonie gesetzt werden, sind andere als bei nicht konfessionell gebundenen Trägern“. Welche Maßstäbe setzt denn das DW an sich selbst? Wo ist denn der eigene Anspruch? Ja, im Wesentlichen ist es eine Frage der Haltung, wie man zu den eigenen Werten steht. Von denen „Oben“ scheint es nur gute Worte zu geben. Was ist zu tun? W.Knorr, Vorsitzender des EREV, schreibt: „Die zentrale politische Herausforderung für Diakonie und Caritas ist der Anstoß der gesellschaftlichen Debatte, in welchem Land wir leben wollen. Es ist anachronistisch, dass die Fachverbände mehr ihre Historie und Vielfalt abbilden, als eine aufgabenorientierte Struktur mit dem Ziel der politischen Durchsetzungskraft!“ Was wäre, wenn die Kirche und ihre Organisationen mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten würden?? Was können wir als Christen tun? Lasst uns lauter, politischer, kämpferischer werden! Der DAGS versucht es zumindest !! Ich könnte mir bei anhaltend negativer Entwicklung und der unveränderten Haltung und Tat der Kirchen auch vorstellen, aus der Kirche auszutreten und mein Geld einer Arbeitsloseninitiative zu spenden!

Karlheinz.Schaumberg

Finanztransaktionssteuer: Endspurt auf der ersten Etappe – bis zu einer Steuer gegen Armut ist es noch ein langer Weg

Bald ist sie hoffentlich da – die Finanztransaktionssteuer (FTS). Auch auf der Zielgeraden sind allerdings noch erhebliche Widerstände zu überwinden: Eine EU-weite Einführung wird an den Briten scheitern. Deswegen wird die Steuer nur in einer Staatenkoalition eingeführt werden können. Hierzulande blockiert deswegen noch die FDP, der aber dabei erkennbar die Puste ausgeht. Um Länder wie die Niederlande oder Irland mit ins Boot zu holen, zählen wir auf die Unterstützung der internationalen Kampagne.

Doch selbst wenn das gelingt, wird „Steuer gegen Armut“, das deutsche Kampagnenbündnis für die FTS, noch einiges an Mobilisierungskraft aufwenden müssen, um die Durchlöcherung der Steuer zu verhindern. Mit einer abgespeckten Variante darf sich Attac keinesfalls zufrieden geben. Hier könnt ihr euch weiter auf die Arbeit der Kampagne verlassen. Wer sich informieren und inhaltlich fit machen möchte, kann sich auf www.attac.de/fts auf den neuesten Stand bringen.

Denn so erfreulich die guten Aussichten auf eine Einführung auch sind, so unerfreulich sieht es bei der Mittelverwendung aus. Schwarz-gelb weigert sich, Einnahmen aus der FTS für globale Armutsbekämpfung oder Umwelt- und Klimaschutz vorzusehen – und ausgerechnet der zuständige Entwicklungsminister Niebel ist eine Katastrophe.

In der internationalen Debatte ist die Steuer dagegen als Instrument für Entwicklungs- und Klimafinanzierung etabliert. Selbst die französische Regierung spricht sich offiziell für eine Verwendung für Entwicklungsfinanzierung aus. Hier können wir also andocken. Deutschland und Frankreich verfehlen seit vierzig Jahren das wenig ambitionierte Versprechen, 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Ohne starken Druck aus den Wahlkreisen, also durch euch, wird sich daran nichts ändern.

Wir informieren über www.steuergegenarmut.org (Rubrik Mitmachen), unseren Newsletter und der Facebook-Gruppe von Steuer gegen Armut über laufende Aktionen. Bisher haben wir u.a. mit 100.000 Unterschriften kürzlich der FDP eingeheizt, in Robin Hood-Kostümen Banker ausgeraubt und mit einer garantiert jugendfreien Peepshow den Kirchentag unsicher gemacht (Bastelanleitung geben wir gerne weiter). Auf unseren Internetseiten haben wir zahlreiche Videoclips und Infomaterialien zum Weiterverbreiten und könnten mit eurer Unterstützung einen Filmspot in Programmkinos bringen. Obwohl Attac in der Öffentlichkeit eng mit der FTS verbunden wird und wir punktuell viel Unterstützung von euch bekommen haben, ruht die kontinuierliche Mitarbeit in der Kampagne doch auf sehr wenigen Schultern. Deswegen sind neue MitstreiterInnen herzlich willkommen.

Rainald Ötsch und Detlev von Larcher
(AG Finanzmärkte und Steuern),
finanztransaktionssteuer@attac.de

Bischof Ulrich kritisiert Fehlentwicklung in der Steuerpolitik

Kiel (epd). Der Schleswiger Bischof Gerhard Ulrich hat die Steuerpolitik der vergangenen Jahre als Fehlentwicklung kritisiert. Diese habe zu einer ungleich geringeren Besteuerung von Kapital und Vermögen im Vergleich zur Besteuerung von Arbeit und Einkommen geführt, sagte der evangelische Theologe am Dienstagabend in Kiel.

Es sei problematisch, dass in der Finanzmarktkrise durch Steuermittel die staatlichen Garantien für Banken finanziert werden, "während die Gewinne der Banken privatisiert wurden und werden", sagte Ulrich, der auch Vorsitzender der nordelbischen Kirchenleitung ist.

Die Bundesrepublik Deutschland habe in der Nachkriegsperiode bis Ende der 70er Jahre als ein gemäßigt kapitalistisches Land gegolten, sagte Ulrich.

Im Unterschied zu den USA konnte die Bundesrepublik im internationalen Maßstab als "sozial gerecht" bewertet werden. Diese Situation habe sich grundlegend geändert, betonte der Bischof.

Die ökonomische Ungleichheit habe sich in rasantem Tempo US-amerikanischen Verhältnissen genähert. Die zunehmende Spreizung zwischen denen, die viel haben und denen, die nicht genug haben, gefährde den vom Grundgesetz garantierten Sozialstaat, so der Theologe.

Das Steuersystem muss nach Ansicht von Ulrich grundsätzlich "der Herstellung von Gemeinwohl" dienen. "Angesichts der Spaltung unseres Landes in Arme und Reiche gehört dazu auch Umverteilung durch Steuerprogression, um einen sozialen Ausgleich herzustellen", sagte der Bischof. Der Staat müsse die Steuer zur Lenkung einsetzen."

Aus: epd vom 22. Februar 2012

Für unser Thema „Prekäre Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ (vgl. Info-Blatt 10/2009) suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung?
Erfahrungen bitte an walter.hamann@hamburg.de

Der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen und sein Leben hinzugeben als Lösegeld für viele.

(Monatsspruch März 2012 aus Markus 10,45)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **02.04.2012**, am **07.05.2012** und **04.06.2012** jeweils von **18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.
Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg